

A12 Integration - Alle gehören dazu

Antragsteller*in: Rike Schiele, Christian Huber

Tagesordnungspunkt: 2.3 Soziales und Kultur

Text

1 Damit die Integration von Migrant*innen gelingt, kommt es entscheidend darauf
2 an, dass in unserem Landkreis die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Wir
3 setzen auf dezentrale Unterbringung, um Geflüchtete in einem guten
4 nachbarschaftlichen Umfeld zu integrieren. Ankerzentren, wie sie in
5 Fürstenfeldbruck betrieben werden, lehnen wir strikt ab. Viele der Geflüchteten
6 sind durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg schwer
7 traumatisiert. Die Unterbringung in Massenunterkünften führt zu enormen
8 psychischen Belastungen, schwerwiegenden Retraumatisierungen und der
9 Verfestigung psychischer und seelischer Erkrankungen.

10 Diskriminierung und Gewalt sind ein strukturelles Problem der Massenunterkünfte.
11 Je größer die Einrichtung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von
12 gewalttätigen Übergriffen. Anonymität, mangelnde Privat- und Intimsphäre,
13 fehlende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten, keine abschließbaren Sanitär- und
14 Schlafräume, die gemeinsame Nutzung von Zimmern mit Fremden ist Bestandteil des
15 Lebens in die ANKER-Einrichtungen. Zudem führen der hohe Geräuschpegel, der
16 Mangel an Tagesstruktur und Beschäftigung, die Kasernierung und Isolierung von
17 der Gesellschaft, eingeschränkte Rechte und die kontinuierliche Kontrolle der
18 Privaträume zu Aggression und Stress. Daraus ergibt sich oftmals ein
19 schrittweiser Verlust von Würde und Autonomie und vor allem
20 Perspektivlosigkeit. Durch Überwachung, massive Kontrollen, Besuchsverbote und
21 Stacheldrahtzäune werden Geflüchtete kriminalisiert. Die Abschottung hat zu
22 Folge, dass den Bewohner*innen der wichtige Kontakt zur Bevölkerung, zu
23 Unterstützer*innen und Beratungsangeboten versperrt bleibt. Diese
24 Vorgehensweisen lehnen wir rigoros ab. Wir unterstützen die Arbeit der Beiräte
25 für Migration und Integration als wichtige kommunale Beteiligungs- und
26 Selbstvertretungsgremien und die Arbeit der kommunalen Integrationsbeauftragten
27 in unserem Landkreis. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Leitlinien zur
28 Integration und gesamtheitliche Integrationskonzepte entwickelt
29 werden. Integration findet vor Ort statt – für uns zählt dabei Verbindendes,
30 nicht Trennendes. Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis,
31 Kommunen, Ehrenamtlichen, Integrationsbeiräten und sozialen Organisationen.

32 Wir GRÜNE wissen um die politischen Herausforderung der Integration. Wir sehen
33 aber auch die damit verbundenen Chancen und nutzen Potenziale. Deshalb fordern
34 wir auch weiterhin gerade in unserem Landkreis Fürstenfeldbruck eine
35 menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, die auf die Möglichkeit zu einem
36 fairen Verfahren, Stärkung der Potenziale und Integration und Teilhabe von
37 Anfang an abzielt. Die Asylsuchenden müssen von Anfang an in ihrer Autonomie
38 bestärkt werden, ihr Leben in der Aufnahmegesellschaft selbst zu gestalten. Aus
39 diesem Grund gilt es in allen Lebensbereichen – von den Bildungseinrichtungen
40 über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis hinein in den Bereich der Kultur, der
41 Medien, der Vereine und des Sports – Zugangs-, Teilhabe- und
42 Mitwirkungsmöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen zu eröffnen. Wir GRÜNE
43 fordern ausdrücklich, dass das Bundesrecht, nämlich das Recht auf Arbeit für
44 Flüchtlinge nach Ablauf von 3 Monaten Aufenthalt in Deutschland, konsequent und

45 ohne Umwege in unserem Landkreis umgesetzt wird. Darüber hinaus muss die 3+2
46 Regelung endlich Berücksichtigung finden, was auch von zahlreichen
47 Ausbildungsbetrieben immer wieder angemahnt und gefordert wird. Gerade bei
48 Asylsuchenden, die an ihrer Identitätsklärung mitwirken und sich erkennbar um
49 Arbeit bemühen, ist die Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis - unabhängig vom
50 Aufenthaltsstatus - nicht zu verwehren. Die Praxis zeigt, dass Asylsuchende, die
51 einen negativen Bescheid auf ihre Asylanfrage erhalten, nicht zwangsweise gleich
52 abgeschoben werden. Viele Verfahren dauern über Jahre bevor die Abschiebungen in
53 der Praxis vollzogen werden. Diese Menschen ohne Arbeitserlaubnis in den
54 Asylbewerberheimen ohne Aufgabe zu lassen belastet in jeglicher Hinsicht unnötig
55 den Steuerzahler. Für alle Beteiligten haben Ausbildungs- und Arbeitserlaubnisse
56 viele Vorteile.

57 Sowohl für die hier lebenden, als auch für die Geflüchteten, selbst wenn es in
58 Einzelfällen nur eine Art von "Integration und Verdienstmöglichkeit auf Zeit"
59 darstellt.

60 Wir GRÜNE sprechen uns klar und deutlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan
61 aus.